

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 13 (1972)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Unsere Meinung  
**Autor:** Brügger, Christian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095308>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Verträge sind zur Anpassung erwünscht, aber nicht Bedingung

## Normalisierung am Beispiel Schwedens

Von Oskar Angelus

**In Schweden geht heute ein Prozess vor sich, den der Westen übersieht oder guthisst. Die — heute noch — freie Welt begreift zu ihrem Unglück vieles nicht, was für sie von erstrangiger Bedeutung ist, wie das dedultete Diktat durch den östlichen Imperialismus. «Weltrevolution» nennt sich pathetisch, was in Wirklichkeit reines Streben nach Macht und Besitzerweiterung darstellt.**

### «Stille Sowjetisierung»

Die politische Entwicklung in Schweden hat seit einiger Zeit den Weg der stillen Sowjetisierung beschritten, den der heutige Staatsminister Palme bei seinem Regierungsantritt 1969 als «jämlikhet» (Gleichheit) bezeichnete. Da die Gleichheit aller Bürger in parlamentarischen Demokratien eine Selbstverständlichkeit ist, musste sie durch ihre Betonung einen besonderen Sinn enthalten. Wie sich herausgestellt hat, lag dieser in der Nationalisierung. Diese unterscheidet sich vom Sowjetsystem, hat jedoch zugleich viel mit ihm gemein, so dass man von einer beginnenden «weichen Bolschewisierung» sprechen kann.

Ihr wirtschaftlich wichtigstes Merkmal sind die Vorbereitungen zur Verstaatlichung des Privatbesitzes in vorerst begrenztem Rahmen. Ihr eifrigster Verfechter ist neben dem ehemaligen Industrie- und heutigen Aussenminister Wickman der Regierungschef Olof Palme.

Als charakteristisches Beispiel sei die Uebernahme der Apotheken angeführt, die am 10. Juni 1968 vom sozialdemokratischen Parteikongress gutgeheissen worden war und mit Einverständnis des Parlaments am 1. Januar 1971 in Kraft trat. Die Resultate sind danach. Als die Absicht der Sozialdemokraten bekannt wurde, senkten die Apotheker die Preise der Medikamente um 2 Prozent. Die Regierung führte trotzdem ihre Absicht aus mit dem gutgemeinten Motiv, durch eine Zentralisierung von Verkauf und Herstellung die Arzneimittel zu verbilligen und unnötige Einfuhren zu stoppen. Anfang Mai dieses Jahres wurde bekannt, dass der Preis von 160 Medikamenten in aller Stille ab 1. Mai um 5 bis 15 Pro-

zent erhöht worden war. Im übrigen ist der Verlust der staatlichen Apothekergesellschaft allein im Laufe ihres ersten Tätigkeitsjahres grösser als das gesamte Aktienkapital von 37,5 Millionen, und der Fonds zur Preisregulierung (25 Millionen) aus der Zeit des Privatbesitzes ist dahin.

### Aussenpolitik auf dem Anschlussweg

In der Aussenpolitik sind die Motive nicht einmal gut gemeint.

Das Verhältnis zu den USA verschlechtert sich im gleichen Tempo wie das der UdSSR. Regierung und Presse unterstützen, zum Teil aufgrund falscher Informationen, ausschliesslich Nordvietnam, wie sie das in gleicher Weise mit der DDR tun. Das Motiv für die materielle und moralische Hilfe Nordvietnams bildet die angebliche Unterdrückung des Volkes in Südvietnam und der Wunsch, zu seiner «Befreiung» beizutragen. Ganz abgesehen von den kommunistischen «Befreiungen» stellt sich die Frage, weshalb Schweden sich so stark für die DDR einsetzt. Blüht dort die Freiheit? Wo bleibt die Logik? Ist sie im dialektischen Materialismus untergegangen? Zur Frage der Logik noch eine Randbemerkung. Palme redete vor einigen Wochen von der Möglichkeit eines dritten Weltkrieges. Zur selben Zeit reduziert die Regierung die Stärke der Streitkräfte ganz wesentlich, so dass in militärischen Kreisen die Frage erwogen wird, im Ernstfall Südschweden (Schonen) preiszugeben, um den Rest des Staates irgendwie verteidigen zu können. Und wer ist der potentielle Angreifer? Vielleicht Monaco?

Moskau gefällt die monarchische Staatsordnung Schwedens nicht. Palme auch nicht. Sie hat aber sehr viele Anhänger im Lande, auch unter den Sozialdemokraten; daher kann ihre Liquidierung nur vorsichtig vor sich gehen.

### A propos Monarchie: Warum kein Plebiszit?

Der richtige Weg würde über eine Volksbefragung führen (bei der Entscheidung der Frage der Umstellung vom Links- auf den Rechtsverkehr fand 1955 eine «beratende Volksabstimmung» statt). Die kann sich der Staatsminister in der viel wichtigeren Frage einer Aenderung der Verfassung nicht leisten, da der jetzige Monarch, der greise König Gustav VI. Adolf, im Volk sehr populär ist. Bleiben nur Umwege. Die neue von Palme verteidigte Konstitution entmachtet den König vollkommen und macht ihn zur blossen Schattenfigur. Diese Regelung tritt nach dem Tode Gustav VI. Adolfs in Kraft.

### Wird das Streikrecht abgeschafft?

Der Streik wird für eine Reihe von Angestellten und Arbeitern (etwa 180 000 Personen) verboten, was in einem sozialistischen Staat tragikomisch anmutet, aber in der Sowjetunion durchgeführt ist, weil in einem Arbeiterstaat ein Ausstand undenkbar sei, da ja die Arbeiter gegen sich selbst streiken würden! Die Dachorganisation der Gewerkschaften, LO, ist bereits in vieler Hinsicht nur noch der verlängerte Arm der Regierung — wie in der UdSSR —, wenngleich äusserlich die Form gewahrt bleibt.

Die Maifeier wurde in diesem Jahr in Stockholm durch eine gemeinsame Manifestation der Sozialdemokraten und Kommunisten eingeleitet. Sie bildete mit 50 000 Teilnehmern — und gemeinsamen Losungen der beiden Parteien — den wahrscheinlich grössten politischen Umzug, der je in Schweden stattgefunden hat.

Der Durchschnittsschwede verhält sich zu allen solchen Erscheinungen mehr oder weniger passiv wie der Durchschnittsdeutsche zu Hitlers Zeiten. Er schweigt und pariert. Was aber dem Deutschen — auch von schwedischer Seite — als Verbrechen angekreidet wurde, gilt in Schweden als politische Weisheit. ■

## Unsere Meinung

### Die Akte der Anklage

(Fortsetzung von Seite 7)

**klagen wir die Führung der KPdSU der verfassungswidrigen Tätigkeit an, die sich**

- im ungesetzlichen Ergreifen der Macht,
- in terroristischen Akten gegen die Bürger,
- in der Entfaltung des Klassenkampfes,
- in Verbrechen gegen andere Staaten der Werktätigen (Ungarn, Tschechoslowakei) ...
- in der Verletzung der nationalen Gleichheit usw. äusserste.)

So fordert die DDSS:

- Die Führung der KPdSU zu entfernen,

- im Lande die demokratischen Freiheiten einzuführen,
- alle politischen Gefangenen zu befreien,
- allgemeine demokratische Wahlen durchzuführen,
- eine neue Verfassung zu erlassen.

Die abschliessenden Worte des Memorandums besagen:

**«Die Demokraten sind voller Entschlossenheit. Weder Gefängnisse noch KZs noch psychiatrische Anstalten, weder Leiden noch Entbehrungen erschrecken sie. Der Kampf um Freiheit und Demokratie wird sich im kommenden Jahrzehnt ausweiten. Und diesen heiligen Kampf führen wir bis zum siegreichen Ende. Darin sehen wir unsere Pflicht als Bürger. Demokraten! Vereint euch, kämpft, siegt!»** ■

Wenn wir durch diese Korrespondenz sozusagen mit dem Finger auf Schweden zeigen, so gilt unser Interesse nicht so sehr dem spezifischen als vielmehr dem symptomatischen Fall. Denn wir zeigen damit lediglich in die Richtung, in die Westeuropa überhaupt geht. Mit unterschiedlichem Tempo, mit Besonderheiten in Gangart und Haltung, gewiss, aber man darf sich von diesen Dingen nicht über die Einheitlichkeit der Grundtendenzen hinwegtäuschen lassen. Der schwedische «Sonderfall» zeigt recht gut an, wohin Genosse Trend uns leitet.

Wir haben in der letzten Nummer (Seite 8: «Die Schutzmacht») Wert auf die Feststellung gelegt, dass die Relevanz der deutschen Ostverträge in ihren innenpolitischen und gesellschaftspolitischen Folgen liegt (wir werden später noch auf

Leserzuschriften zurückkommen, die daraus eine Absage an das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts herausgelesen haben), und das ist in der Tat das Feld, wo die realpolitischen Auswirkungen der Sache zu erwarten sind.

Die Frage stellt sich übrigens beileibe nicht nur bezüglich der Regierungspolitik. Man wird jetzt zu sehen bekommen, was für politische Freiheiten nun jenen Leuten zustehen, die just nicht die Regierung sind. Was für eine Politik dürfen beispielsweise Opposition, öffentliche Medien, beliebige Gruppierungen oder Personen überhaupt betreiben, ohne dass der Vorwurf massgeblich wird, dieses oder jenes Verhalten verstosse gegen Geist und Buchstaben der Verträge und sei deshalb zu verbieten?

Dass zum mindesten die Partner ihre Vertragsrechte in diesem Sinn auslegen, darüber haben sie niemals einen Zweifel aufkommen lassen. In einer Fülle von Aussagen haben sie ihren Anspruch auf Mitbestimmung in der westdeutschen Innenpolitik ausdrücklich kundgetan. Die polnische Juristenzeitung «Prawo i Zycie» zum Beispiel hat von «Änderungen in der (westdeutschen) Rechtsprechung» als Konsequenz des deutsch-polnischen Vertrages gesprochen und angemerkt: «Die Regierung und die regionalen Behörden (der BRD) werden wohl Erscheinungen revanchistischer Tätigkeit nicht länger dulden...» Dem Diplomaten Allardt gegenüber hat nach seiner Aussage ein sowjetischer Kollege solche generellen Ansprüche auf plausible Art konkretisiert: Wenn es etwa der Springer-Konzern als seine Aufgabe ansehe, die Deutschen für eine völlig illusionäre Wiedervereinigung zu begeistern, ohne von der Bundesregierung daran gehindert zu werden, dann lasse sich das «natürlich nicht» als vertragskonformes Verhalten bezeichnen. Die Gewährleistung von Meinungsfreiheit ist also bereits als Vertragsverletzung anvisiert.

Hier ist vielleicht auf einen ganz speziellen Punkt des «Gegenrechts» hinzuweisen. Natürlich können die sowjetische Führung und die von ihr abhängigen osteuropäischen Regimes ihre Medien dazu anhalten, die offizielle Bundesrepublik nicht länger als revanchistisch, reaktionär und faschistisch zu kennzeichnen. Und tatsächlich erweisen die dortigen öffentlichen Stimmen der bundesdeutschen Regierung schon längst den friedliebenden Freundschaftsdienst, diese urteilssprechenden Adjektiva ausschliesslich ihren innenpolitischen Gegnern vorzubehalten. Das ist gewissermassen eine Vorleistung, für welche die Sowjetregierung natürlich noch so gerne die Gegenleistung annehmen würde, dass die Gesamtheit der bundesdeutschen Öffentlichkeit allfällige Beschimpfungen in Richtung Sowjetlager ausschliesslich den Solschenizyns oder Bukowskijs vorbehalten würde. Aber auch von dieser konkreten Erwartung mal abgesehen: Ein Wohlverhalten seiner Massenmedien kann ein Regime nur unter der Bedingung garantieren, dass es diese entsprechend kontrolliert und zensuriert. Und das wäre denn auch die Voraussetzung zur Einhaltung von Spielregeln eines Gegenrechts in diesem Fall.

Die partnerschaftlichen Erwartungen in der Frage der innenpolitischen und gesellschaftspolitischen Konsequenzen der Verträge sind auf jeden Fall gegeben. Wie weit man sie in der BRD erfüllen wird, das wiederum ist grundsätz-

lich noch offen (lediglich dass man ihnen überhaupt nicht Rechnung trägt, darf man getrost ausschliessen).

Sicherheit besteht natürlich darüber, wie die kommunistische Linke das auffasst. So wie die aussenpolitischen Partner. Aber weil sich die kommunistische Linke in immer mehr Dingen auch innenpolitisch mit der nichtkommunistischen Linken verpartnert, hat diese Art von Vertragsinterpretation sehr fließende Grenzen erhalten, und der Unsicherheitsfaktor reicht bis in die obrigkeitlichsten Kreise hinein. Die Unbeschwertheit, mit welcher man in der Zeit bis zur Vertragsratifizierung in Westdeutschland das Feindbild der Partner bezüglich der anders-

denkenden Opposition übernommen hat, ist ein echtes Indiz. Und die Schaffung eines geschlossenen Feindbildes war bisher in der Geschichte eigentlich fast immer nur ein Auftakt... Ein anderes Indiz waren die Vorleistungen zur Abschaltung, Dämpfung oder Umfunktionierung von Stimmen, die den Partner störten. Nun, davon war schon in der letzten Nummer die Rede.

Aber trotz allem wäre es immer noch eine Illusion, zu glauben, ein solches Vertragswerk mit der Sowjetunion sei eine unerlässliche Bedingung, um zu einer innenpolitischen und gesellschaftspolitischen Entwicklung zu kommen, wie sie Westdeutschland heute hat. Die formellen Ver-

#### Experten beurteilen

## WELTGESCHEHEN

### INTERNATIONALES EUROPAFORUM

Herausgegeben im Weltforum Verlag München unter fachlicher Leitung von Heinrich von Siegler, Herausgeber des «Archiv der Gegenwart»  
In Zusammenarbeit mit der Akademie für Politische Bildung, Tutzing  
Unter Beratung durch Oberstudienrat Dr. Erich Zimmermann  
Oberstudiendirektor Günter Schwarz, MdL  
Erscheinungsweise: vierteljährlich; Einzelbezug DM 8,50;  
Jahresabonnement DM 30,- und Bezugskosten

DIE ZEIT, Hamburg

#### Gedächtnisstütze

Für Unterricht und Studium – Handliche Zeitchronik

In dieses Unternehmen ist ein bewundernswerter Fleiss investiert. Die Sache verdient es. Die Bände, laut Titel «für Unterricht und Studium» gedacht, sind sicher nicht nur dem Lehrer der Sozialkunde willkommen. Den Schulbehörden möchte man die Anschaffung für die Schulen empfehlen. In unserer schnelllebigen Zeit stützt «Weltgeschehen» unser Gedächtnis – und das ist in einer Demokratie nicht unwichtig.

FRANKFURTER ALLGEMEINE, Frankfurt

Ein nützliches Werkzeug für die Orientierung über die Ereignisse in der Weltpolitik. Darüber hinaus bietet der Band bequeme Fundstellen für wichtige Dokumente.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, München

Ein ausgezeichnetes Handwerkszeug für Lehrer und Studierende der Fächer Geschichte, Sozialkunde und Geographie.

MÜNCHNER MERKUR, München

#### Archiv für jedermann

Die verdienstvolle Serie mit Chronik, Dokumenten und Tabellen informiert laufend jederman – rasch, knapp, übersichtlich und objektiv über Politik und Wirtschaft der Welt von heute.

DER TAGESSPIEGEL, Berlin

Die Berichte zeichnen sich durch Genauigkeit und Objektivität aus.

NEUE RUHRZEITUNG, Essen

Ein Nachschlagewerk von Präzision und Aktualität.

AUGSBURGER ALLGEMEINE, Augsburg

Aus der Fülle der Tagesnachrichten finden wir ein abgewogenes Konzentrat, wonach es dem Leser möglich wird, das Einzelereignis innerhalb der grösseren weltpolitischen Ereignisse zu bewerten.

DIE ZEIT IM BUCH, Wien

Die Buchreihe verdient unsere Aufmerksamkeit, sie ist sowohl für den Unterricht wie auch für das Studium bestens zu gebrauchen; ihre Vorzüge liegen in der gut getroffenen Auswahl, der Kürze, der Uebersichtlichkeit und der Objektivität.

FRANKFURTER NEUE PRESSE, Frankfurt

#### Das hat gefehlt – nämlich: Dokumentarische Berichte und Studien.

Die meisten Menschen sehen ja nur das nächste, das, was sich vor ihrer Nase abspielt. Indessen ist die Welt heute sehr empfindlich geworden, das «hinten weit in der Türkei» kann alle treffen. Und die Zeit, in der wir leben, ist aufregender als je. Die Hefte sind im Grunde für jeden Menschen wichtig, der wissen will, was geschieht.

Richten Sie Ihre Bestellungen an:

WELTFORUM VERLAG  
8 München 19, Hubertusstrasse 22/I

Alphonse Max

## Von der OAS zu Chile

Wie weit der chilenische Weg die Zukunft des lateinamerikanischen Kontinents bestimmen wird, steht noch aus. Aber mittlerweile beeinflusst er die Gegenwart der lateinamerikanischen Organisation.

Im April war bei der Generalversammlung der Organisation amerikanischer Staaten (OAS), der sämtliche amerikanischen Länder mit Ausnahme Kubas (das 1964 wegen wiederholten charterwidrigen Praktiken der Einmischung ausgestossen wurde) angehören, das von Uruguay und Costa Rica gemeinsam vorgeschlagene Zentralthema die andauernde Intervention der Regierung Fidel Castros in die internen Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedstaaten.

Ein hochaktuelles Thema, das jedoch nicht durchdiskutiert wurde, weil die Vertreter Chiles, Perus und Ekuadors in der offensichtlichen Absicht, davon abzulenken, sich theoretischen Ergüssen ergaben, um eine klare und unmissverständliche Verdammung Kubas zu vermeiden.

Der konkrete Anlass zu der uruguayischen Klage gegen Havanna war die Tatsache, dass der kubanische Premier die Mitglieder der bei den letzten Wahlen durchgefallenen sogenannten Breiten Front öffentlich aufgefordert hat, ihr Misslingen dadurch wetzumachen, dass sie mit Gewalt versuchen, die Macht wieder an sich zu reißen. Dazu kommt noch der erschwerende Umstand, dass diese Aufforderung während Castros Staatsbesuch in Chile erfolgte.

Die Toleranz der derzeitigen chilenischen Regierung gegenüber jedem Umsturzversuch, der sich nicht gegen sie selbst richtet, geht so weit, dass sie es stillschweigend duldet, dass die kubanische Botschaft in Santiago als Hort für südamerikanische Subversive ausgebaut wird. Ueber derartige Kleinigkeiten sind manche südamerikanische Aussenminister erhaben. Sie ziehen es vor, über abstrakte Prinzipien zu reden, sich gegenseitig mit Gefälligkeitsreden hochzuschaukeln und gegen die Vereinigten Staaten zu polemisieren.

Selbst der Generalsekretär der OAS, der Ekuatorianer Galo Plaza, hat die Arroganz besessen, jene Staaten anzugreifen, die sich erdreistet haben, gegen die Nationalisierung von Eigentum ihrer Bürger einen formellen Protest zu erheben, indem er zum Beispiel Washington bezichtigte, sein Hilfeprogramm aus solchen nebensächlichen Gründen einschränken zu wollen.

Aber die ständige Verdammung der Nordamerikaner als Ausbeuter der armen lateinamerikanischen Länder ist allmählich zu einem logizidalen Klischee geworden. Denn man kann nicht auf der einen Seite brüllen, dass die Yankees Lateinamerika aufgegeben haben, und auf der andern Seite US-Investitionen, wenn sie vorgenommen werden, unter dem Vorwand enteignen, dass sie ausbeuterische Absichten verfolgen.

Die Entwicklung in Chile ist in mehr als einer Hinsicht aufschlussreich. Nachdem es Allende weitgehend gelungen ist, die chilenische Wirtschaft zu ruinieren (wir haben hierfür seit achtzehn Monaten mit monotoner Regelmässigkeit und im Detail berichtet), hat er sich mit der extremen Linken arg verkracht. Obwohl er nach seinem Amtsantritt die verhafteten Mitglieder der damals im Untergrund operierenden Links-Revolutionären Bewegung (MIR) begnadigt hatte, verschärfte die MIR in der letzten Zeit ihren Widerstand gegen die Regierung und erklärte sich offen gegen den von Allende angekündigten «demokratischen Weg zum Sozialismus».

Nach den tragischen Zwischenfällen von Concepción, bei denen ein 17jähriger Schüler getötet wurde, forderte die MIR die Absetzung des Provinzgouverneurs, eines Kommunisten, Koalitionspartner der Volksfrontregierung («Unidad Popular», einschliesslich der sozialistischen Partei Allendes, schlossen sich dieser Forderung an. Die KP erklärte sich jedoch mit dem Gouverneur

pflichtungen können ein besonders brauchbares Alibi zur Ausschaltung jener Stimmen und Kräfte geben, die den Sowjets und ihren ideologischen Freunden im Westen nicht genehm sind, und auch dazu bedarf es schliesslich einer willigen Interpretation, die man leider als gegeben voraussetzen darf (und sonst kann bereits mit Terror nachgeholfen werden; auch dazu haben Deutschland und Europa in jüngster Zeit ihre Beispiele geboten). Die Verträge sind nicht «an sich» zwingend. Ihre vermutlich zwingende Auslegung erhalten sie durch die politischen Umstände.

Und wenn solche politischen Umstände anderswo analog vorliegen, können sie auch ohne offizielle Abkommen mit Moskau durchaus analoge Auswirkungen haben. Man hat zuweilen von der möglichen «Finnlandisierung» der Bundesrepublik gesprochen, denn Helsinki ist durch Verträge an Moskau gebunden und hat den schlagseitigen Neutralisierungsprozess vorgemacht. Doch Finnland ist nicht das einzige Modell, das in diese Richtung weist, und Schweden beispielsweise ist ein anderes Modell, vielleicht dasjenige,

das für uns andere europäische Staaten noch relevanter ist. (Wobei es wahrscheinlich weniger auf die Gestaltung der staatlichen Apothekpreise ankommt als auf die innen- und aussenpolitischen Zeichen eines stillen Anschlussverfahrens.)

Ein Europa, das sich nicht mehr selbst behaupten will, wird von niemandem geschützt werden, es sei denn von der UdSSR, die sich als Schutzmacht im östlichen Teil des Kontinents bereits so gut bewährt hat wie seinerzeit Hitlerdeutschland als Schutzmacht über seine Protektorate. Nur dass damals eine Befreiung von aussen her möglich war. Wir aber (das heisst unsere Kinder) werden auf die Selbstbefreiung warten müssen, wie sie sich für eine unbestimmte Zukunft in den Samisdat-Stimmen der sowjetischen Opposition ankündigt. Denn dort ist die geistige Abrechnung mit jenen Strukturen samt ihren ideologischen Begründungen im Gange, die man uns hier als Heilmittel unserer Zukunft anpreist. Werden wir wirklich nicht darum herumkommen, den Preis der Erfahrung gleich ihnen zu entrichten?

Christian Brügger

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

**ZeitBild**

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616. Banken: Spar- +

Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. 78-2409

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

**Redaktion**

Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**

Hans Erpf

**Abonnementspreise**

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)

solidarisch und erneuerte ihre Angriffe auf die MIR. Dies führte zu einer Krise innerhalb der Regierungskoalition, die selbst von den Kommunisten als «ernste Spaltung» bezeichnet wurde.

Die Radikalisierung der MIR kam auch zum Ausdruck, als der Neffe Allendes, Andrés Sascál Allende, einer der Führer der linksextremen Bewegung, nicht zu dem gegen ihn wegen terroristischer Tätigkeiten eingeleiteten Gerichtsverfahren erschien. Nachdem auch Geheimverhandlungen mit der Terrororganisation zu keinem positiven Ergebnis führten, wird sich Allende wahrscheinlich gezwungen sehen, doch energisch gegen die MIR vorzugehen.

Interessant an dieser Entwicklung ist folgende Tatsache: Die Sprecher der von Kommunisten geleiteten Volksfronten — sowohl in Chile (Unidad Popular) als auch in Uruguay (Frente Amplio) — behaupteten in ihren Agitationsreden immer wieder, dass das einzige Mittel gegen den ultralinken Terror (einen anderen gibt es sowieso nicht) die Machtübernahme der Volksfront sei. Denn, so argumentieren sie, der Terror ist der Ausdruck der Unzufriedenheit gewisser Volksschichten mit dem bestehenden Zustand und den obsoleten gesellschaftlichen Strukturen. Sobald die Volksfront am Ruder ist und eine Umgestaltung aller bis dahin geltenden Werte vornimmt, wird der Terror automatisch verschwinden, da die Ursache für seine Entstehung behoben sein wird.

Diese Scheinkausalität: morsche gesellschaftliche Struktur = Terror hat sich selbstverständlich als trügerisch erwiesen, was für sämtliche Parforce-Theorien der Linken bezeichnend ist.

Es hat sich an Hand der neuesten Ergebnisse in Chile erwiesen, dass die Gegner der kommunistischen Volksfront, die dieser die Macht streitig machen wollen, nicht bei der mühelos eliminierten «Oligarchie» (ich weiss nicht recht, was überhaupt darunter zu verstehen ist) zu finden sind, sondern bei jenen machtsensualisierten Jünglingen, die Demokratie und Sowjetkommunismus nicht aus ideologischen Gründen ablehnen, sondern weil keines der beiden Systeme ihrem chaotischen Gemütszustand entspricht. ■